



## Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186  
beate.mueller-gemmeke.wko1@bundestag.de

---

Berlin, 1. Februar 2017

### Pressemitteilung

#### Lohngerechtigkeit ist mehr als überfällig

Zum Urteil des Berliner Arbeitsgerichts, in dem es um die Entgeltgleichheitsklage der Journalistin Birte Meier gegen das ZDF ging, und zu der neusten Studie des DIW zur Höhe der Renten von Frauen und Männern erklären Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und Ulle Schauws, Sprecherin für Frauenpolitik:

Das Urteil, mit dem die Klage der Journalistin abgewiesen wurde, zeigt: Ein wirksames Gesetz zur Entgeltgleichheit ist mehr als überfällig. Das Gesetz, das die Bundesregierung jetzt auf den Weg bringt, wird dem allerdings nicht gerecht. Denn auch mit diesem Gesetz wäre Birte Meier vor dem Berliner Arbeitsgericht gescheitert. Sie hätte zwar einen Auskunftsanspruch, der ihr von den Arbeitsrichtern heute noch abgesprochen wurde. Doch die gleichen Richter argumentierten auch, dass freie Mitarbeit, wie Birte Meier sie verrichtete, nicht vergleichbar sei mit der Arbeit fest angestellter männlicher Redakteure. Gleiche Arbeit kann also weiterhin schlechter bezahlt werden. Hier läuft auch das neue Gesetz der Bundesregierung ins Leere. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Darauf müssen Frauen auch mit diesem Gesetz noch lange warten. Das ist ein Skandal.

Zugleich ergibt eine neue Untersuchung des DIW, dass die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern beängstigend hoch ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass Männerrenten durchschnittlich 42 Prozent höher sind als die von Frauen. Denn Schuld an den niedrigeren Renten sind auch die niedrigeren Löhne. Womit wir wieder bei der Entgeltgleichheit sind. Wenn Frauen nicht in die Altersarmut gedrängt werden sollen, muss die Bundesregierung endlich Lohngerechtigkeit herstellen. Der jetzige Gesetzesentwurf der Regierung tut das nicht. Er will nur für mehr Transparenz bei Löhnen und Gehältern sorgen. Einen Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit bekommen Frauen mit ihm aber nicht.